

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Hoch, Haymo REP in Vertretung für Peter Bitsch

Kreistagsvorsitzender und stellvertretende Kreistagsvorsitzende:

Breitwieser, Werner CDU

Schmitt, Norbert SPD

Fraktionsvorsitzende:

Dr. Vonderheid, Ulrich CDU zeitweise

Sürmann, Frank FDP

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias, Landrat

Golzer, Norbert, Kreisbeigeordneter zeitweise

Sander, Brigitte, Kreisbeigeordnete

Gäste:

Dallinger, Stefan, Verband Region Rhein-Neckar

Dr. Beckmann, Carl-Christian, Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH (zeitweise)

Müller, Bernd, Solar- und Energieberatungszentrum Bergstraße

Verwaltung:

Bickelhaupt, Reinhold, ÖPNV

Knoblich, Ursula, Wasser- und Naturschutz

Müller, Wolfgang, Amt für Brand- und Katastrophenschutz

Paul, Klaus-Günter, EU-Förderung, Dorf- und Regionalentwicklung, Denkmalschutz, Landwirtschaft

Rößler, Reiner, Regionalpolitik und Raumordnung

Schriftführerin:

Schüßler, Helene, Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Ausschussvorsitzender Haag eröffnete um 18:00 Uhr die 16-007. Sitzung des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur, begrüßte die Erschienenen, insbesondere die Gäste und Vertreter der Verwaltung, und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1:

Aufstellung des Regionalplans Südhessen (RPS Entwurf 2007) und des Regionalen Flächennutzungsplans (RegFNP Vorentwurf 2007) sowie Aufstellung des Einheitlichen Regionalplans Region Rhein-Neckar 2020; hier:

- **Stellungnahme des Kreises Bergstraße**
- **Stellungnahmen der Städte und Gemeinden zur Kenntnis**
- **Antrag der REP-Fraktion vom 24. Juli 2007 mit Änderungs- / Ergänzungsvorschlägen zum Entwurf des Regionalplans Südhessen 2007**
- **Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 30. Juli 2007 betreffend Stellungnahme des Kreises zu Vorranggebieten für die Windenergienutzung**

Vorlagen: 16-0614, 16-0614/1, 16-0614/2, 16-0614/3 und 16-0614/4

Der Vorsitzende verwies zunächst auf die bisher vorliegenden Anträge der REP-Fraktion (Vorlage 16-0614/3 - mit Nachreichungen am 27. Juli 2007 versandt) und der GRÜNE-Fraktion (Vorlage 16-0614/4 - in der Sitzung verteilt) sowie den heute gefassten Beschluss des Kreisausschusses über den Verwaltungsentwurf für die Stellungnahme des Kreises zum Regionalplan Südhessen Entwurf 2007.

Landrat Wilkes berichtete, dass sich der Kreisausschuss die Ausführungen der Verwaltung zu eigen gemacht habe und der Beschluss einstimmig bei einigen Stimmenthaltungen gefasst worden sei. Die bisher vorliegenden Stellungnahmen der Städte und Gemeinden seien ohne Beratung zur Kenntnis genommen worden, da abwägende Behörde das Regierungspräsidium sei.

Als für den Kreis wichtige, teilweise länderübergreifende Fachthemen im Regionalplan nannte Landrat Wilkes unter anderem Hochwasserschutz, Windenergienutzung, ICE-Neubautrasse, Ausbau der Autobahnen A 5 und A 67 sowie Bau eines zusätzlichen Autobahnanschlusses "Heppenheim Süd" an der A 5, Ortsumgehungen für die B 38 im Weschnitztal und Verlängerung der S-Bahn Rhein-Neckar auf der Main-Neckar-Bahn.

Anhand von projizierten Plankarten veranschaulichte Herr Rößler die Lage der Planungsregion Südhessen im Raum und Festlegungen zu einigen Fachthemen, für die von der Verwaltung eine bessere und deutlichere Darstellung im graphischen Planteil des Regionalplanentwurfes angeregt werde.

Herr Dallinger erläuterte das Verfahren und den Zeitplan für die Aufstellung des einheitlichen Regionalplanes für die drei Teilregionen des Verbandes Region Rhein-Neckar (VRRN). Als Grundlagen für den Plan seien eine Bevölkerungsprognose für das Jahr 2020 mit Trendentwicklung bis 2030, ein Umweltbericht sowie ein Gutachten zum Verkehr in Auftrag gegeben worden. Der Entwurf des Regionalplans Südhessen 2007 für den Bereich des Kreises Bergstraße solle als Vorentwurf in den Entwurf des einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar übernommen werden und die 2. Offenlage der bei-

den Planentwürfe sei für 2008 und möglichst zeitgleich vorgesehen. Das im September 2006 im Ausschuss vorgestellte Regionale Einzelhandelskonzept sei für die baden-württembergischen und rheinland-pfälzischen Teilregionen als Teilfortschreibung des Regionalplans beschlossen worden und das Regierungspräsidium Darmstadt beabsichtige für seinen Bereich eine Übernahme dieses Instruments.

Bezüglich der ICE-Neubautrasse erklärte Herr Dallinger, dass der VRRN wie der Kreis Bergstraße die Trassenvariante entlang der A 67 favorisiere; der Planungsausschuss habe sich auch mit den beiden anderen Trassenvarianten (Trasse entlang der A5 sowie sogenannte ROV- oder "Mark"-Variante) beschäftigt und eine Prüfung der drei Varianten auf dem selben Untersuchungsniveau beschlossen.

Bei der anschließenden ersten Durchsprache des Verwaltungsentwurfes für die Stellungnahme des Kreises zum Regionalplanentwurf Südhessen 2007 wurden folgende Punkte thematisiert:

- Siedlungsflächenentwicklung

Vorsitzender Haag und Abgeordneter Schepp plädierten für mehr Flexibilität für die Kommunen bei der Festlegung von Siedlungsflächen. Auf den Wunsch von Gemeinden nach einem "Planungskorridor" um den Siedlungsbestand wies Abgeordneter Woitge hin.

Abgeordneter Jöst bedauerte den Verlust von Siedlungs- und Landwirtschaftsflächen durch die erstmalige Ausweisung von Vorranggebieten für den Hochwasserschutz.

- ICE-Neubautrasse

Abgeordneter Schmitt forderte einen Beschluss des Kreises, dass nur die Trassenvarianten entlang der A 5 und der A 67 planungsverträglich und zu prüfen seien und auf eine Weiterverfolgung der "Mark"-Variante verzichtet werde. Ein Festhalten des VRRN an einer Überprüfung dieser Variante führe ansonsten zu einem Konflikt zwischen Kreis und VRRN.

Landrat Wilkes sah keinen aktuellen Handlungsbedarf unter Hinweis auf das Planungsstadium des einheitlichen Regionalplans für die Region Rhein-Neckar. Im Rahmen des weiteren Planaufstellungsverfahrens könne der Kreis noch initiativ werden, falls die "Mark"-Variante vom VRRN favorisiert werden sollte.

- Überwaldbahntrasse

Abgeordneter Bauer bezeichnete die vorgeschlagene Festlegung als "Trassensicherung stillgelegter Strecke" als richtigen und pragmatischen Weg zum Erhalt der Trasse.

- Straßenverkehr

Abgeordneter Hoch erläuterte den Antrag der REP-Fraktion mit den Änderungsvorschlägen bezüglich des Planungstatus der A 5 (verbindliche Planung, nicht nur Planungshinweis), Ortsumgehung Zwingenberg (Ortsumgehung der B 3, keine

neue Kreisstraße als Entlastungsstraße), Ortsumgehung Rimbach und Fürth (verbindliches Planungsziel, nicht nur Planungshinweis).

Abgeordneter Woitge regte an, die Wichtigkeit der B 47 als Ost-West-Verbindung im Kreis im Regionalplan deutlicher zu machen und die Schaffung von Überholungs- / Ausweichmöglichkeiten, z.B. durch einen Mehrzweckfahrstreifen, vorzusehen.

Abgeordneter Jöst sprach sich unter Hinweis auf die Bestrebungen in Mörlenbach, die L 3120 zur Gemeindestraße abzustufen, deren Planstatus als Landesstraße zu erhalten. Die gleiche Anregung gab Abgeordneter Sürmann für die L 3409.

Landrat Wilkes hielt eine Diskussion und Entscheidung hierzu für verfrüht, da zunächst die Trassenfestlegung der Ortsumgehung Mörlenbach der B 38 a im Planfeststellungsverfahren abgewartet werden sollte.

- Windenergienutzung

Abgeordneter Figaj gab nähere Erläuterungen zum Antrag der GRÜNE-Fraktion, keine Stellungnahme des Kreises zu den im Planentwurf enthaltenen Vorranggebieten für Windenergienutzung abzugeben. Er befürchte zukünftige Probleme für eine Ablehnung von Bauanträgen für Windenergieanlagen, wenn im gesamten Kreisgebiet keine Vorrangflächen ausgewiesen seien.

Das Argument "Geopark" sah Abgeordneter Schmitt als keine ausreichende Begründung für die Ablehnung von Vorrangflächen für Windenergieanlagen im Kreis Bergstraße.

Landrat Wilkes bezeichnete den Beschluss der Regionalversammlung Süd gegen Windenergienutzung im Bereich des Geoparks für rechtlich nicht angreifbar, da der Vorgabe der Ausweisung von Vorrangflächen innerhalb des gesamten Plangebietes nachgekommen werde. Für rechtsfehlerhaft halte er vielmehr die fehlende Abwägung der Schutzqualität eines Geoparks.

- Hochwasserschutz

Abgeordneter Dr. Schepp befürwortete auch in den Mittelgebirgen die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsflächen für den Hochwasserschutz entlang der Fließgewässer.

- Rohstoffgewinnung

Abgeordneter Jöst stellte den im Planentwurf vorgeschlagenen Umfang der Ausweisungsflächen in Frage, der ein Vielfaches der bisherigen Fläche betrage.

Bezüglich des weiteren Prozedere des Ausschusses wurde vereinbart, über die beiden Fraktionsanträge sowie über die Hinweise und Anregungen aus dem Ausschuss und dem Kreisausschuss zur Stellungnahme des Kreises zum Regionalplanentwurf Südhessen 2007 in der Sitzung am 21. August 2007 (Sitzungsbeginn 17.00 Uhr) abschließend zu beraten und zu beschließen. Die beteiligten Stellen und Fachbehörden werden gebeten, zur Sitzung Stellungnahmen zu den Hinweisen und Anregungen abzugeben.

